



André Poggenburg: Ausländische Diesel-Fahrzeughersteller in die Pflicht nehmen!

Widerspruch

Magdeburg, 23. August 2017. Entschiedene Maßnahmen der Politik um Stickoxid-Emissionen bei ausländischen Diesel-Fahrzeugen zu begrenzen, fordert André Poggenburg, Fraktionsvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt. Es könne nicht sein, dass jetzt nur deutsche Automobilhersteller wie VW und BMW zu entsprechenden Nachbesserungen verpflichtet würden, während Pkw von Renault, Ford, Peugeot, Fiat usw. die Umwelt fünfmal höher belasteten.

"Es ist völlig unverständlich, dass der Bundesverkehrsminister und die Bundesumweltministerin ein nationales Dieselforum einberufen, deutsche Automobilhersteller auf weitere Stickoxidsenkungen einschwören, gleichzeitig aber einfach akzeptieren, dass ihnen ausländische Hersteller sagen: ?Nein, das wollen wir nicht!? Wenn das so weitergeht, wird es keine besseren Stickoxidwerte auf deutschen Straßen geben, die deutsche Automobilindustrie aber enorm benachteiligt und geschwächt werden. Natürlich wird sich das nicht zuletzt an Arbeitsplatzverlusten bemerkbar machen. Ich fordere Frau Hendricks und Herrn Dobrindt auf, bei der nächsten Sitzung des Dieselforums den Vertretern der ausländischen Automobilindustrie klare Ansagen zu machen. Es kann nicht sein, dass ausländische Marken hier in Deutschland unbehelligt bleiben", so Poggenburg.

In dem kürzlich veröffentlichten "EcoTest" hat der ADAC große Stickoxid-Probleme, insbesondere bei ausländischen Autobauern, festgestellt. Demnach stoßen die getesteten Fahrzeuge der Marke Renault im Vergleich zu Modellen von BMW fast fünfmal mehr Stickoxide aus. Hohe Stickoxid-Emissionen hätten unter anderem auch Pkw von Fiat, Ford, Volvo, Hyundai, Peugeot und Citroen. Die Schadstoffausstöße bei Opel, VW und BMW seien demgegenüber sehr viel geringer. Moderne Diesel dürfen höchstens 80 Milligramm Stickoxid pro Kilometer ausstoßen. Anders als deutsche Hersteller hatten es die Importeure beim nationalen Dieselforum Anfang August abgelehnt, ihre Dieselmodelle nachzubessern.

www.afdtelevision.de

André Poggenburg (AfD) zu Bilderberg und Verschwörungstheorien
[https:// www.youtube.com/watch?v=2vYSC_AO57o](https://www.youtube.com/watch?v=2vYSC_AO57o)

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

<https://afd.de/presse/>
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

<https://afd.de>
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild

